

PRESSEINFORMATION

27. März 2017

Beginn der Brexit-Verhandlungen in Brüssel

Grundfreiheiten und Zusammenhalt der EU wahren

- Brexit-Verhandlungen dürfen EU nicht weiter schwächen
- Umfassendes Partnerschafts-, Investitions- und Handelsabkommen anstreben
- Belastungen durch Zollzahlungen und künftige Regulierungen vermeiden

Der Verband der Chemischen Industrie (VCI) betont vor dem offiziellen Beginn der Austrittsverhandlungen Großbritanniens mit der EU, dass die Errungenschaften der europäischen Einigung nicht aufs Spiel gesetzt werden dürfen. „Die Brexit-Verhandlungen dürfen die EU nicht weiter schwächen. Für die chemisch-pharmazeutische Industrie hat der Zusammenhalt in der EU unter Wahrung der Grundfreiheiten hohe Priorität“, sagte Utz Tillmann, Hauptgeschäftsführer des VCI.

Politik und Wirtschaft müssten gerade jetzt die Vorteile der Kooperation herausstellen und für das Integrationsprojekt EU werben. Gleichzeitig müsse der wirtschaftliche Schaden durch den Brexit für beide Seiten möglichst gering gehalten werden, so Tillmann weiter. Um dies sicherzustellen, sollte die EU in den Austrittsverhandlungen ein umfassendes Partnerschafts-, Investitions- und Handelsabkommen mit Großbritannien anstreben. „Mit Partnerschaft erreichen wir mehr als mit Protektionismus.“

Betroffenheit der chemisch-pharmazeutischen Industrie

Die Betroffenheit deutscher Chemieunternehmen durch den Brexit hängt von der Ausgestaltung der zukünftigen Handelsbeziehungen ab. Sollte die britische Regierung etwa Chemie- und Pharmazölle auf Höhe der heutigen EU-Außenzölle einführen, würden jährliche Zollzahlungen von 200 Millionen Euro für Deutschlands drittgrößte Branche anfallen.

Weitere Belastungen für die chemisch-pharmazeutische Industrie sind zu erwarten, wenn künftig die Regulierung zwischen der EU-27 und dem Vereinigten Königreich divergierende Pfade einschlägt – sei es bei der europäischen Chemikalienverordnung REACH, der Zulassung von Medikamenten, Kosmetika und Pflanzenschutzmitteln oder auch bei neuen Regulierungen zur

Kreislaufwirtschaft. So würden zum Beispiel unterschiedliche rechtliche Anforderungen zu Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung chemischer Produkte bürokratische Hürden für den Handel bedeuten.

Das Vereinigte Königreich ist nach den Niederlanden und Frankreich wichtigster Handelspartner in der EU für die chemisch-pharmazeutische Industrie in Deutschland. 2016 verkaufte die Branche Produkte im Wert von 11,7 Milliarden Euro dorthin (6,6 Prozent aller Exporte). Den größten Anteil machten Spezialchemikalien und Pharmazeutika aus. Gleichzeitig importierten deutsche Chemieunternehmen Erzeugnisse für 6,2 Milliarden Euro von der Insel. Dazu gehörten vor allem pharmazeutische Vorprodukte und Petrochemikalien.

Großbritannien spielt aber auch als Produktions- und Vertriebsstandort eine wichtige Rolle für die Branche. Derzeit sind 63 Tochtergesellschaften deutscher Chemieunternehmen in Großbritannien aktiv. Sie beschäftigen insgesamt rund 6.000 Mitarbeiter und erwirtschaften einen Umsatz von 4,1 Milliarden Euro. Der Bestand an Direktinvestitionen auf der Insel beläuft sich auf rund 1,6 Milliarden Euro. Britische Investoren sind mit gut 2 Milliarden Euro in der deutschen Chemie engagiert.

Der VCI vertritt die wirtschaftspolitischen Interessen von rund 1.700 deutschen Chemieunternehmen und deutschen Tochterunternehmen ausländischer Konzerne gegenüber Politik, Behörden, anderen Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und den Medien. Der VCI steht für mehr als 90 Prozent der deutschen Chemie. Die Branche setzte 2016 rund 183 Milliarden Euro um und beschäftigte 446.000 Mitarbeiter.

Kontakt: VCI-Pressestelle, Telefon: 069 2556-1496, E-Mail: presse@vci.de

Hinweis: Nachrichten des VCI auch auf Twitter: <http://twitter.com/chemieverband>